Auf dem Weg in die Zukunft

Autor(en): **Froidevaux, Denis**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bevölkerungsschutz : Zeitschrift für Risikoanalyse und Prävention, Planung und Ausbildung, Führung und Einsatz**

Band (Jahr): **8 (2015)**

Heft 23

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-583315

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Umsetzung Strategie Bevölkerungsschutz 2015+

Auf dem Weg in die Zukunft

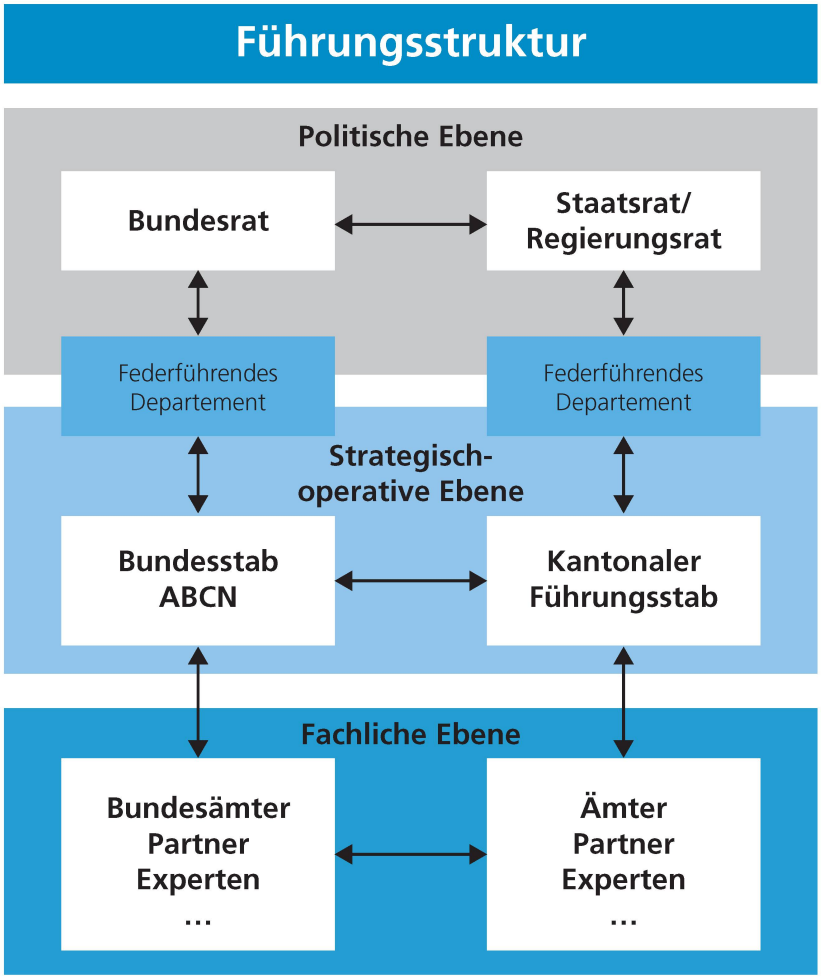
Zurzeit prüfen kantonale und weitere beteiligte Stellen einen Berichtsentwurf zur Zukunft von Bevölkerungsschutz und Zivilschutz. Ein Blick in den Bevölkerungsschutz-Teil zeigt: Koordination und Kommunikation sollen sich verbessern. Dazu soll der Bevölkerungsschutz insbesondere technologisch aufrüsten.

Grundlage für einen Lageverbund auf einer gemeinsamen Plattform sind die (unterschiedlichen) kantonalen und nationalen Systeme (im Bild die Führungsinfrastruktur des Kantons Waadt).

Im Mai 2012 hat der Bundesrat den Bericht verabschiedet, der die Strategie für den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz für die Zeit nach 2015 festlegt. Ziel ist es, die technik-, natur- und gesellschaftsbedingten Katastrophen und Notlagen noch effizienter und wirksamer bewältigen zu können. Zudem wird angestrebt, die Interessen und Bedürfnisse von Bund und Kantonen in Einklang zu bringen. Um die im Bericht skizzierten Massnahmen für die Weiterentwicklung umsetzen zu können, haben zwei Projektteams einen Bericht zur Zukunft des Bevölkerungsschutzes und des Zivilschutzes erarbeitet und Anfang Herbst 2015 den Kantonen und den weiteren beteiligten Stellen zur Konsultation vorgelegt.

Weitreichende Neuerungen sind bei der Koordination und Zusammenarbeit von Bund und Kantonen geplant.

Der Bericht zum Bevölkerungsschutz wurde unter der Leitung des Autors dieses Beitrags verfasst und beschreibt zuerst einmal das Leistungsprofil des Verbundsystems Bevölkerungsschutz und seiner einzelnen Partnerorganisationen. In diesem Bereich waren keine grundsätzlichen Anpassungen nötig; die Aufteilung zwischen den fünf Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz hat sich bewährt und soll grundsätzlich weiterbestehen – ebenso die subsidiäre Unterstützung, insbesondere durch die Armee.



Das Projekt strebt bei Bund und Kantonen Führungsstrukturen an, die sich gegenseitig entsprechen.

Verbesserung der Zusammenarbeit im Einsatz

Weitreichende Neuerungen sind hingegen bei der Koordination und Zusammenarbeit von Bund und Kantonen geplant: Um diesen Bereich zu stärken, sollen bestehende Mechanismen und Plattformen angepasst werden. Zudem zeigt der Bericht auf, wie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS seine umfassende Koordinationsfunktion wahrnehmen kann.

Eine Schlüsselrolle soll das BABS etwa im Bundesstab ABCN spielen: Einst nur für den Fall erhöhter Radioaktivität (A) geplant, erweiterte er in den letzten Jahren seine Zuständigkeit um die Bereiche Biologie (B), Chemie (C) und Naturgefahren (N). Nun soll er bezüglich Mandat, Funktion, Struktur, Zusammensetzung und Bezeichnung weiterentwickelt werden, um in der Planung wie in der Bewältigung aller Ereignisse im Bereich des Bevölkerungsschutzes auf nationaler Ebene handlungsfähig zu sein.

Bei einem kantonsübergreifenden Ereignis ist für die Zusammenarbeit der Austausch von Informationen zur Lage unerlässlich. Um für eine Gesamtübersicht einen Lageverbund zu erreichen, müssen diese Informationen auf einer gemeinsamen Plattform verfügbar gemacht werden. Grundlage bleiben damit immer die (unterschiedlichen) kantonalen und nationalen Systeme und die darin vorhandenen Informationen. Noch ist diese Interoperabilität zwischen den Lagesystemen jedoch Zukunftsmusik.

Ressourcen und Infrastruktur

Schon weiter gediehen ist hingegen das Ressourcenmanagement: Wenn für die Bewältigung einer Katastrophe oder Notlage die verfügbaren Ressourcen in einem Gebiet nicht ausreichen, können die zuständigen Führungsorgane zusätzliche Ressourcen anfordern. Das «Ressourcenmanagement Bund» soll die bestehenden Prozesse ablösen und ab etwa 2017 umfassend den Einsatz sämtlicher auf nationaler Ebene verfügbaren Ressourcen koordinieren. Die rechtlichen Grundlagen wurden 2011 in der Verordnung über die Organisation von Einsätzen bei ABC- und Naturereignissen verankert. Eingebunden sind dabei auch die Betreiber kritischer Infrastrukturen, etwa die Verkehrsunternehmen.

Die Projektverantwortlichen haben sich auch eingehend mit der Führungsinfrastruktur im Bevölkerungsschutz befasst. Unterschieden haben sie zwischen geschützten, ungeschützten und mobilen Führungsstandorten. Eine mobile Infrastruktur ermöglicht es, direkt am Schadenplatz zu führen und zu koordinieren. Geschützte Führungsstandorte verfügen über Schutzmechanismen ge-

gen atomare, konventionelle, chemische und biologische Waffen und halten dank der massiven Bauweise auch Elementarereignissen stand. Sie bieten eine Alternative zur gewohnten Führungsinfrastruktur und stehen heute in genügender Anzahl zur Verfügung.
Die Kantone wählen den Führungsstandort. Dabei interessieren heute weniger die physischen als die technischen Aspekte der Sicherheit: Führungsstandorte sollen gegen Cyberangriffe geschützt und für einen autonomen Betrieb über längere Zeit ausgerüstet sein, etwa mit Notstromaggregaten. Zur Ausstattung gehören sichere Kommunikationssysteme.

Kommunikation mit der Bevölkerung

Gerade der Kommunikation im Ereignisfall haben die Autoren des Berichts besonderes Augenmerk geschenkt. Telematiksysteme und Kommunikationsmittel sollen im Bevölkerungsschutz höchstmöglich verfügbar, zuverlässig und sicher sein. Die Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit sollen in jeder Lage untereinander und mit der Bevölkerung kommunizieren können – insbesondere wenn die gewohnten Kommunikationsmittel ausfallen.
Bereits seit Jahrzehnten können die Behörden die Bevölkerung bei einer Gefährdung mittels Sirenen alarmieren und über Radio informieren. In den nächsten Monaten wird das Projekt POLAYLERT abgeschlossen, mit dem sich die rund 5000 stationären Sirenen in der Schweiz von der jeweiligen Kantonspolizei ferngesteuert auslösen lassen. Im Krisenfall könnten die Behörden mit dem System POLYINFORM sogar aus geschützten Studios Radionachrichten senden – und würden mit ihren UKW-Signalen selbst in Schutzräumen vernommen.
Der Bevölkerungsschutz ist laufend daran, die Möglichkeiten der modernen Kommunikationsmittel und die Gewohnheiten und Entwicklungen in der Mediennutzung der Bevölkerung aufzunehmen: Das Programm Alertswiss zielt auf die Vorsorge- und die Ereigniskommunikation – und letztlich auf die Erhöhung der Selbsthilfe und der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung. Dazu sollen vermehrt Internet und Mobiltelefone genutzt werden.
Die Website Alertswiss, verknüpft mit einem Twitter- und einem YouTube-Kanal, enthält zurzeit noch hauptsächlich Vorsorgeinformationen. Jede und jeder kann beispielsweise den persönlichen Notfallplan erstellen. Mit der Alertswiss-App ist dies ebenfalls möglich; geplant ist aber eine Push-Funktion, dank der sich Alarme auf die Mobiltelefone übertragen lassen. Diese bedeutet auch einen Schritt hin zu einer barrierefreien Alarmierung, die die Anliegen von Hörbehinderten aufnimmt. Längerfristiges Ziel ist es, dass die Behörden während des ganzen Ereignisverlaufs die Bevölkerung über diverse Kanäle informieren. Verschiedene technische Herausforderungen sind dazu noch zu meistern.

Kommunikation zwischen den Behörden

Genauso wichtig wie die Kommunikation mit der Bevölkerung ist der Austausch innerhalb des Verbundsystems Bevölkerungsschutz. Im August 2015 konnten die POLYCOM-Projektverantwortlichen die Vollendung des flächendeckenden Sicherheitsnetzes Funk der Schweiz feiern. 55 000 Personen von Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit nutzen das Funknetz. Für die Zukunft gilt es, die Kommunikationsinfrastruktur weiterzuführen und neue Bedürfnisse aufzunehmen. Die Projekte zur Erneuerung des Netzes und zur drahtlosen Breitbandkommunikation laufen an.
Im Mai 2015 hat der Bundesrat ebenfalls beschlossen, das Vorhaben für ein sicheres Datenverbundnetz (SDVN) voranzutreiben. Dieses Netz soll in Notlagen die Kommunikation zwischen den Partnern des Sicherheitsverbundes Schweiz sicherstellen. Es bildet unter anderem eine Grundlage für den oben erwähnten Lageverbund.

Bund und Kantone gemeinsam

Der Bevölkerungsschutz ist in erster Linie Sache der Kantone. Der Bericht strebt eine Verbesserung der Interoperabilität in Führung und Einsatz zwischen den Kantonen an, indem er die Führungsstrukturen von Bund und Kantonen harmonisiert. Da sind die Kantone gefordert. Aber auch das BABS soll seinen Beitrag leisten. Es hat nicht nur im Einsatz, im Bundesstab seine Rolle zu spielen, es sollte beispielsweise auch die gesamtschweizerischen Führungs-, Alarmierungs- und Kommunikationssysteme steuern und die Kantone in der Ausbildung unterstützen. In der Ausbildung braucht es eine «Unité de doctrine», die der Bund insbesondere mit der Ausbildung der Angehörigen kantonaler Führungsorgane stärken kann. Kantonale, interkantonale, nationale und internationale Übungen helfen, den Verbund aller Verantwortungsträger und Einsatzorganisationen zu intensivieren.

Die Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit sollen in jeder Lage untereinander und mit der Bevölkerung kommunizieren.

Mit den im Bericht empfohlenen Massnahmen kann der Schweizer Bevölkerungsschutz Wirksamkeit und Effizienz nochmals steigern. Der Bevölkerungsschutz macht damit einen weiteren Schritt – und ist auf dem Weg in die Zukunft.

Denis Froidevaux
Projektleiter Bevölkerungsschutz 2015+ und
Chef des Amtes für Bevölkerungsschutz und Armee
des Kantons Waadt